

Kündigt die Schweiz das Abkommen über die Personenfreizügigkeit und begrenzt die Zuwanderung, wäre es für Unternehmen, Spitäler und Pflegeheime des privaten und des öffentlichen Sektors schwierig, weiterhin Staatsangehörige aus dem EU/EFTA-Raum anzustellen. Der Schweizer Wirtschaft und dem Gesundheitswesen öffentlichen Einrichtungen würden Arbeitskräfte fehlen. Umgekehrt wäre es auch für Schweizerinnen und Schweizer schwieriger, im EU/EFTA-Raum zu arbeiten.

Statt von «Spitälern und Pflegeheimen» sollte abstrakt vom «privaten und öffentlichen Sektor» die Rede sein, statt von «Gesundheitswesen» von «öffentlichen Einrichtungen».



Volle Rentenwiese: Menschenmassen geniessen den Sommer am Zürichsee.

schon jetzt Pflegemangel. Gerade für die ältere Wählerschaft ist das ein Sorgen-thema. Vor diesem Hintergrund versuchte der SVP-Magistrat, das Wort Spitäler in «öffentliche Einrichtungen» umzuformulieren: «Eine Begrenzung der Zuwanderung kann Auswirkungen auf den privaten sowie auch auf den öffentlichen Sektor haben. Das ist entsprechend so zu benennen. In diesem Zusammenhang speziell Spitäler und Pflegeheime aufzuführen und damit hervorzuheben, erscheint uns als unsachgemäss einschränkend», teilte sein Departement mit.

Auch das Reizthema Asyl kommt im Abstimmungsbüchlein vor. Denn ein Ja zur 10-Millionen-Schweiz könnte laut den Gegnern ein Ende des Dublin-Systems bedeuten: **Wer in der Schweiz Asyl beantragt, kann dann nicht mehr nach Spanien oder Griechenland ausgeschafft werden.** Röstis Departement hingegen findet, die Schweiz würde beim Überschreiten der Schwelle von 9,5 Millionen für Asylbewerber unattraktiver – denn dann könnte der Bundesrat eine Verschärfung des Asylrechts verlangen. Und er betont, dass schon jetzt das Dublin-System nicht reibungslos funktioniere: Italien weigert sich seit Jahren, Flücht-

linge aus der Schweiz aufzunehmen, die zuerst in Italien registriert waren.

Auch Aussagen zum Wirtschaftswachstum sorgen für Ärger: «Die Formulierung, wonach das BIP seit der Einführung der Personenfreizügigkeit um die Hälfte gewachsen sei, **insinuiert nicht nur einen Kausalzusammenhang, sondern sogar einen monokausalen Zusammenhang.** Das ist wissenschaftlich unhaltbar. Wenn eine Aussage zum Wirtschaftswachstum gemacht werden soll, dann ist dieses erstens inflationsbereinigt und zweitens als BIP pro Kopf darzustellen. Zudem ist die in diesem Zeitraum erfolgte Steigerung der Arbeitsproduktivität auszuweisen.»

Was Rösti verschweigt: Zuwanderung belastet nicht nur die Infrastruktur, sie ist auch ein Motor für Wirtschaftswachstum. Ohne gut ausgebildete Fachkräfte wären die Unternehmen seiner Parteikollegen Peter Spuhler (67) und Magdalena Martullo-Blocher (56) nicht so erfolgreich. Kein Wunder, dass der Stadler-Rail-Präsident zu einer anderen Einschätzung kommt als Rösti. Spuhler sagte im SRF: **«Die Initiative ist zu scharf und zu extrem.»** Der SVP-Politiker kündigte an, am 14. Juni mit Nein zu stimmen. ●

## Schweigen statt Predigen

Die reformierte wie die katholische Kirche verzichten auf eine Abstimmungsparole zur SVP-Initiative – obwohl Migration **eines ihrer Kernthemen** ist.



Christoph Sigrist, ehemaliger Grossmünster-Pfarrer.

**W**ie politisch darf die Landeskirche sein? Wenn es nach dem reformierten Theologen und ehemaligen Grossmünster-Pfarrer Christoph Sigrist (63) geht, kann die Kirche gar nicht unpolitisch sein. Gott ergreife schliesslich Partei für die Schwächsten.

Dennoch enthalten sich sowohl die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) als auch die Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz (EKS) einer Abstimmungsparole zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Mit der will die SVP die Bevölkerung auf eine maximale Kopffzahl begrenzen, notfalls das Personenfrei- ▶



# Der politische Druck auf die Kirche hat zugenommen

◀ zügigkeitsabkommen mit der EU kündigen sowie Massnahmen im Asylbereich und beim Familiennachzug ergreifen.

Die SBK begründet ihre Zurückhaltung auf Anfrage damit, dass sie sich nur dann mit einer Parole äussere, wenn ein «klar umrissenes Anliegen» unmittelbar grundlegende Werte berühre, zu denen die Kirche einen spezifischen Beitrag leisten könne. Bei der Initiative stünden jedoch «komplexe gesellschafts-, wirtschafts- und migrationspolitische Abwägungen» im Vordergrund. Eine Parole würde diese notwendige Debatte verkürzen.

Ähnlich argumentiert die EKS. Eine Abstimmungsparole sei «nicht der Normalfall», heisst es. Man äussere sich lediglich, wo eindeutig kirchlicher oder sozialetischer Klärungsbedarf bestehe.

Dass Migration ein Kernthema der Kirche ist, bestreiten weder katholische noch reformierte Funktionsträger. Laut SBK wolle man gerade deshalb die Diskussion nicht auf ein Ja oder Nein verkürzen. Auch die EKS verweist darauf, dass sie sich wiederholt zu Flucht, Migration und Menschenrechten geäussert habe. Bei der Initiative indes liege «keine grundsätzlich neue Fragestellung» vor. Deshalb habe der Rat der Evangelisch-Reformierten entschieden, keine Empfehlung abzugeben.

In der Vergangenheit äusserten sich die Landeskirchen durchaus zu eidgenössischen Abstimmungen, zuletzt gegen die Halbierungs-Initiative oder besonders dezidiert für die Konzernverantwortungs-Initiative. **Kirchtürme im ganzen Land hatten Fahnen mit der Ja-Parole gehisst** – was für eine hitzige Debatte darüber sorgte, ob die Kirche sich überhaupt

politisch äussern darf. Kritiker warfen den Klerikern vor, ihre politische Neutralität zu verletzen; Jungfreisinnige reichten gar Beschwerde vor Bundesgericht ein. Die höchste irdische Instanz der Schweiz ging jedoch nicht darauf ein.

Zwar betonen beide Kirchen, dass sie nicht wegen politischen Drucks auf eine Parole verzichteten. Vonseiten der SBK heisst es: **«Die Kirche will in politischen Debatten nicht parteipolitisch auftreten, sondern ethische und moralische Orientierung geben.»** Die EKS wiederum betont, man habe keine Angst vor Widerspruch, greife jedoch nur dann direkt in den Abstimmungskampf ein, wenn be-

sonderer Klärungsbedarf bestehe. Dies sei im Fall der Konzernverantwortungs-Initiative und der SRG-Halbierungs-Initiative der Fall gewesen.

Auffällig ist allerdings, dass beide Kirchen auch bei der Konzernverantwortungs-Initiative 2.0 Zurückhaltung üben. Die EKS wies

2025 darauf hin, sie verzichte bewusst auf eine Empfehlung, um die Meinungsvielfalt innerhalb der Kirche zu respektieren, aber auch, um Raum für offene Diskussionen zu lassen. Aus katholischen Kreisen wiederum ist zu hören, dass der politische Druck seit der ersten Konzernverantwortungs-Initiative spürbar zugenommen habe.

Leisere Töne von der Kanzel hat auch Sarah Paciarelli registriert, Sprecherin der katholischen Organisation Frauenbund Schweiz: **«Wir beobachten seit einiger Zeit eine gewisse Zurückhaltung kirchlicher Player in Bezug auf politische Initiativen und Kampagnen.»**

Während sich die grossen Glaubensinstitutionen zurückhalten, lehnt der Frauenbund die Initiative ab. Er kriti-

**Die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) verzichtet auf eine Abstimmungsparole zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».**

siert, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft «pauschal als Belastung für Umwelt und Gesellschaft» dargestellt werden. **Dies würde dem christlichen Auftrag zur Nächstenliebe, Achtung der Menschenwürde und zur besonderen Sorge für Schutzsuchende widersprechen.** Auch christliche Organisationen wie das Heks und Caritas Schweiz haben die Nein-Parole gefasst.

Christoph Sigrist findet ebenfalls deutliche Worte. Als Präsident der Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz (GMS) sieht er sich gemeinsam mit der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) in der Pflicht, «gegen fremdenfeindliche Denkmuster einzustehen».

Sigrist erkennt in Wortmeldungen rund um die Initiative eine Ähnlichkeit mit historisch belasteten Parolen wie «Das Boot ist voll». Die Ja-Kampagne erinnere an das Narrativ, mit dem die poli-

tische Schweiz im Zweiten Weltkrieg ihre Flüchtlingspolitik rechtfertigte. Auch damals hätten viele kirchliche Stimmen gegen diese Haltung protestiert.

Diese Tradition sieht Sigrist bis heute als Verpflichtung. Für ihn ist klar: «Wenn Minderheiten diskriminiert oder Schutzsuchenden der Zugang verwehrt wird, müssen nicht nur GMS und GRA, sondern auch kirchliche Verantwortungsträger

**«Wir beobachten seit einiger Zeit eine gewisse Zurückhaltung kirchlicher Player»**



Sarah Paciarelli,  
Frauenbund Schweiz

Position ergreifen.»

**Die Kirche müsse als «prophetische Wächterin» wirken, die Missstände benennt.** Parolen, so Sigrist weiter, gehörten nicht auf die Kanzel, theologische Stimmen jedoch sehr wohl in die gesellschaftliche Debatte. ● SARA BELGERI

## SONNTAGS-FRAGE

**Sollen sich die Kirchen politisch stärker engagieren?**

Antworten bitte an...  
Redaktion SonntagsBlick,  
Dufourstrasse 23, 8008 Zürich  
oder per E-Mail an...  
leserbriefe@sonntagsblick.ch